

Deutschland.

Berlin, 23. Juli. Während Garnier-Pagès, wenn auch nicht ohne Beimischung unvermeidlichen Freiheits-Phrasenthums, aber doch im Wesentlichen verständlich und gerecht den gesetzgebenden Körper dringend zum Frieden mahnt und die Frivolität des französischen Chauvinismus nachzuweisen sucht, ist ein anderer volkstümlicher Parlamentsredner in den chauvinistischen Blödsinn bereits so weit versunken, daß er öffentlich der Regierung die Alternative: „Freiheit oder Krieg“ zu stellen sich nicht entblödet. Uns Deutschen würde diese parlamentarische Phrase und Alternative: „entweder politische Freiheit oder Krieg!“ überhaupt unverständlich, und eines civilisirten Menschen unwürdig erscheinen, wenn uns nicht einige Pariser Blätter schon Beweise geliefert hätten, daß die unedlen Affekte, wie z. B. der Neid, verlegte Eitelkeit und Eifersucht in gewissen Pariser Kreisen bereits die Geister vollständig verwirrt und für besonnene Ueberlegung oder gerechte Anerkennung fremder Rechte unzugänglich gemacht haben. Der gebildete und besonnene Theil der französischen Nation wird ohne Zweifel mit Bedauern in einem solchen Verlangen: „Freiheit oder Krieg“ nur einen Ausbruch cynischer Roheit und das Gegentheil der beanspruchten vorzugsweligen Civilisation finden, denn das offene Einverständnis, den Krieg mit einer fremden Nation, als Ersatz für angeblich von der eigenen Regierung vorenthaltenen politische Rechte, müßwillig provozieren zu wollen, ist mit den Anschauungen gebildeter Nationen im 19. Jahrhundert über Krieg und Frieden absolut unvereinbar. In Kreisen, wo solche Auffassungen und Ansichten etwa noch Beifall finden sollten, kann natürlich eine ruhige Argumentation, wie die deutsche Presse sie geltend zu machen gewohnt ist, keinen Erfolg haben und nicht verstanden werden; den Politikern dieser Sphäre und von so mangelhafter Bildung man kann nur kurz und einfach sagen, daß die deutsche Nation ebensowenig irgend eine Einmischung fremder Nationen in ihre eigenen Angelegenheiten zuzugestehen geneigt ist, als etwa die Franzosen und Deutschen bereitwillig das Recht einräumen würden, ihre inneren nationalen Fragen zu arrangiren. Auch das Verhältniß des norddeutschen Bundes oder Preußens zu Süddeutschland könnten die französischen Chauvinisten endlich einmal als eine rein deutsche Frage zu betrachten sich entschließen, von deren Befriedigung, dem nationalen Bedürfniß und Recht entsprechender Erledigung das deutsche Volk und die deutschen Regierungen sich durch keinerlei Widerspruch oder Drohung abhalten lassen werden.

Anfang nächster Woche werden voraussichtlich unter Leitung des Ministers Grafen zu Eulenburg die Verhandlungen mit den hannoverschen Vertrauensmännern hier beginnen. Die Voraussetzung, daß auch Graf Bismarck daran Theil nehmen würde, ist unbegründet, da nur zum Ressort des Ministers Grafen zu Eulenburg gehörige Angelegenheiten Gegenstand der Konferenzen sein werden. Die Rückkehr des Minister-Präsidenten nach Berlin wird zu Anfang künftigen Monats erwartet; vor derselben wird Graf Bismarck wahrscheinlich auf kurze Zeit mit dem König zusammentreffen. — Der Betrieb der Heppens-Oldenburger Bahn wird am 1. August eröffnet werden. Zur Ausführung des Baues der Halle-Huben-Sorauer Eisenbahn hat sich sowohl ein unter dem Herzog von Meißn gebildetes Comité, als auch die Magdeburg-Leipziger Eisenbahn-Gesellschaft erboten. Mit ersterem haben bereits Verhandlungen wegen Sicherstellung der Ausführung und rechtzeitiger Beschaffung der Mittel begonnen. Eventuell würde die Magdeburg-Leipziger Gesellschaft die Konzession zum Bau erhalten. — Die Königin Marie von Hannover ist nun nach eingetragener Nachricht durch die Abreise, die ohne weitere Störungen erfolgte, aus ihrer misslichen Lage befreit worden.

Berlin, 24. Juli. Aus Ems, 22. Juli, wird geschrieben: Die militärischen Verhandlungen mit dem General v. Poddieleski, dem General v. Byer und dem General-Adjutanten v. Trechow sind heute zu Ende geführt und der General v. Poddieleski hat sich bereits wieder nach Berlin zurückbegeben. — Während der Brunnen-Promenade unterhielt sich heute der König mit dem Ober-Präsidenten v. Pommeresche, dem Regierungs-Präsidenten v. Dieß, dem früheren Gesandten v. d. Schulenburg-Priemern, dem General-Auditeur Fleck. — Vorträge hatten heute das Civil-Kabinet, der Geheimrath Abeken, der Geheime Hofrath Bord. In der Umgebung des Königs ist davon die Rede, daß Graf Bismarck, wenn nicht schon hier, so doch in Wiesbaden mit dem Könige zusammentreffen werde, der mit dem Minister-Präsidenten über mehrere Fragen, die das Innere, vornehmlich die Justiz, betreffen, konferiren wolle. Außerdem wünscht der König von seinem Premier zu hören, ob eine mehrtägige Anwesenheit in Berlin gerathen erscheine. Erst wenn diese Fragen erledigt sind, wird der König den ferneren Reiseplan bestimmen. Der Landwirtschafts-Minister v. Selchow kommt auf seinem Rundgange durch die neuen Provinzen auch nach Ems.

Nachdem die Verordnung, betreffend die Errichtung von Gewerbetrieben, durch das Gesetz vom 22. Juni 1861 aufgehoben, war es Usus geworden, die Niederlassung von auswärtig zuziehender Gewerbetreibenden von einer Prüfung der Anzügler abhängig zu machen, die durch die betreffende Innung vorgenommen wurde. Die meisten Innungen haben indessen diese Prüfungen mit einer solchen Saumseligkeit betrieben, daß dadurch nicht zu billiger Anzutraglichkeiten herbeigeführt wurden, und der Magistrat beantragt deshalb bei den Stadtverordneten, von dem Gutachten der Innungen bei den Niederlassungen künftig Abstand zu nehmen.

Die Prinzessin Dagmar von Dänemark, Gemahlin des russischen Thronfolgers, hat eine vorzeitige Entbindung gehabt.

Der diesseitige Gesandte am spanischen Hofe, Freiherr von Caniz, war in Ems eingetroffen, hatte daselbst eine Besprechung mit dem Könige und dem Geheimrath Abeken und ist bereits wieder abgereist.

Ein Theil des Materials der Festung Luxemburg kommt am 29. d. zur Versteigerung und zwar sind hierfür angelündigt: 53,000 Pfd. Bronze in Geschüßröhren; 2,940,250 Pfd. Eisen in Eisenmunition; 6350 Simens'sche Schrapnels, enthaltend 88,600 Pfd. Gußeisen, 73,750 Pfd. Blei in Kugeln und 7900 Pfund Schwefel; 28 eiserne Mörserlaffetten, enthaltend 38,390 Pfd. Gußeisen, 360 Pfd. Bronze und 4850 Pfd. Schmiedeeisen; 1,279,272 kupferne Zündhütchen.

Wie die „Nat.-Z.“ mittheilt, soll von Seiten Dänemarks jetzt eine Antwort auf die letzte preussische Depesche in der nord-schleswighischen Angelegenheit auf dem Wege sein. Dieselbe würde die verlangten „Garantien“ für die abzutretende deutsche Bevölkerung nicht sofort ablehnen, sondern vorerst um nähere Spezifizirung des damit Gemeinten ersuchen. Darüber könnte sich denn eine ziemlich weitläufige Diskussion entspinnen.

(Post.) Herr Friedrich Harfort hat folgendes „Wahlprogramm“ zu den Reichstagswahlen veröffentlicht:

Keine neuen Steuern! Gründe: Nach Herrn von Mantuffel hat die Regierung heidenmäßig viel Geld. Bestehende Steuern wachsen und werden nach der Verfassung unweigerlich forterhoben. Dagegen gehen Handel und Wandel schlecht, weil die Vertrauensseligkeit fehlt; und der Volksbeutel leidet an der Schwindsucht.

„Entschieden“ genug ist dasselbe; im Uebrigen aber eines ernstesten politischen Mannes durchaus unwürdig. Denn welchen Maßstab soll man an einen „Grund“ legen, dessen ganze Stichhaltigkeit auf die Aeußerung eines Generals basirt ist, der vor einiger Zeit einmal ein Vertrauensamt in der Verwaltung bekleidete und sich bekanntlich durch mehr als eine unvorsichtige Aeußerung ausgezeichnete, die der Regierung selbst unbecquem war? Wir meinen, daß die Lage des Landes zu ernst ist, als daß man sich über dieselbe mit einem abgenutzten Bonmot hinwegsetzen dürfte. Wir sagten schon früher einmal: Herr Friedrich Harfort wird alt! Ja, er wird alt!!

Der Bezirks-Rath des Amtes Herborn hat eine Petition an die königliche Regierung zu Wiesbaden eingereicht, welche um Beibehaltung der naassischen Medizinal-Verfassung bittet. Nach dieser bestehen die Aerzte bekanntlich vom Staate strikte Gehälter; und ist in Folge dessen die Medizinal-Taxe eine sehr niedrige.

Coblenz, 22. Juli. Der Sultan wird am Mittwoch Morgen gegen 11 Uhr unter Geschüßedonner von allen hiesigen Festungswerken per Eisenbahn hier eintreffen, woselbst derselbe am festlich geschmückten Bahnhofe von Sr. Maj. dem Könige nebst hohem Gefolge empfangen wird. Die Auffahrt der hohen Herrschaften nach dem Residenzschlosse erfolgt vom Bahnhofe durch die reich besetzte Eisenbahn- und Schloßstraße, woselbst Militär Spalier bilden wird. Im Schlosse angelangt, wird der Sultan von Ihrer Majestät der Königin Augusta begrüßt werden. Nachdem die hohen Herrschaften sich am Schlosse versammelt, wird die große Parade und Revue vor dem Schlosse stattfinden. Nach der Parade ist im Residenzschlosse das Gala-Diner; hierauf Festfahrt der hohen Herrschaften auf dem Rheine mit dem festlich geschmückten neuen Dampfboote Friede nach dem Schlosse Stolzenfels, woselbst der Thee eingenommen wird. Nach der Rückfahrt zum hiesigen Residenzschlosse wird die Stadt festlich illuminirt und auf den umliegenden Forts prächtvolle Feuerwerke abgebrannt werden.

Braunschweig, 20. Juli. Am Mittwoch, den 24. d. Mts., wird die Landesversammlung des Herzogthums, nach dreimonatlicher Vertagung, wieder zusammentreten.

Schwerin, 22. Juli. Die heutige Nummer der „Mecklenburgischen Anzeigen“ bringt die Verordnung des Großherzogs Friedrich Franz vom 16. Juli, zur Ausführung des Art. 53 d. d. Verfassung des norddeutschen Bundes, betreffend das Bundeskriegswesen.

Meiningen, 20. Juli. Der regierende Herzog tritt eine Rundreise durch das Land an. — Die Herzogliche Staatsregierung fährt in Durchführung der in einer Denkschrift an den Landtag ausgesprochenen Grundsätze fort, den Staatsauswand zu vermindern und die Staatseinnahmen zu vermehren. Es sind bereits mehrere bisherige Staatsstraßen in die Klasse der von den betreffenden Gemeinden zu unterhaltenden Vicinalwege versetzt und manche Verwilligungen für gemeinnützige Zwecke zurückgezogen worden. Eine höchste Verordnung vom 13. Juli hebt das Verwaltungsamt Kranichfeld auf und vereinigt es mit dem Verwaltungsamt Saalfeld. Die wesentlichsten Änderungen und Erhöhungen betreffen die Sporteln für die freiwilligen Gerichtsbarkeit, vorzugsweise bei Gegenständen von bedeutendem Werthe. Bei der streitigen Gerichtsbarkeit sind die Sätze im Durchschnitt um mehr als um ein Viertel nicht erhöht worden. Ein Gesetz vom 9. Juli d. J., davon ausgehend, daß die Unbestimmtheit und Verschiedenheit der desfalls bestehenden Vorschriften eine anderweitige Feststellung zu wünschen läßt und die Gebundenheit des überwiegend größten Theils der Güter und Guttheile als eben so zwecklos, wie als wirtschaftlich nachtheilig, ihre Beseitigung als nothwendig darstellt, hebt die bisherigen Beschränkungen der Theilbarkeit des Grundbegriffes, und zwar ebensowohl von gebundenen Gütern als von walzenden Grundstücken, sowie ohne Rücksicht auf eine vorausgegangene Zusammenlegung der betreffenden Flur, auf und setzt eine Mindestgröße nicht fest. Nur im Interesse der Forstkultur findet eine Ausnahme insofern statt, daß die reale Theilung der Waldungen ohne Zustimmung des Staatsministeriums, Abtheilung des Innern, unzulässig und nichtig ist; diese Zustimmung soll aber nicht versagt werden, wenn die Theile einer regelmäßigen Bewirtschaftung fähig bleiben, oder wenn das ganze Waldgrundstück einer solchen nicht fähig war.

München, 21. Juli. Die Mittheilung der „Köln. Z.“, daß unsere Regierung ihre bei der Bundes-Liquidations-Kommission eingebrachte Forderung auf Ersatz der aus der Exekution in Kurhessen erwachsenen Kosten im Betrage von mehr als 1½ Mill. zurückgenommen, resp. für jetzt der weiteren Diskussion entzogen habe, wird von der „Bair. Ztg.“ in folgender halbamtlicher Weise modifizirt: „Nach Vorschrift der Bestimmungen der Bundes-Exekutions-Ordnung lag die Befriedigung der Forderungen Baierns dem Kurstaate ob, und diese Verpflichtung ist nunmehr auf Preußen übergegangen. Nachdem die Bundes-Liquidation die in gleichem Betreff gestellte Forderung Oesterreichs abgelehnt hat, da ihr die Begutachtung und Entscheidung von rechtlichen Fragen wie der hier in Betracht kommenden nicht übertragen war, und unter diesen Umständen die Ablehnung der auf demselben Rechtsgrunde beruhenden Forderung Baierns keinem Zweifel unterliegen konnte, hat die königliche Regierung durch ihren Bevollmächtigten in der Kommission die Erklärung abgeben lassen, daß Baiern die besagte Forderung bei der gegenwärtigen Auseinandersetzung nicht weiter verfolgen, dagegen sich vorbehalte, dieselbe gegen diejenige Regierung weiter geltend zu machen, welche in Folge der Erwerbung des Kurstaates zu deren Befriedigung verpflichtet sei, sowie eventuell gegen die beteiligten vormaligen Bundesstaaten. Gleichzeitig mit der Anmeldung ihrer Forderung bei der Liquidations-Kommission hat die königliche Regierung dieselbe bei der königlich preussischen Regierung geltend gemacht, und seitdem werden zwischen den beiden Regierungen über die Angelegenheit Verhandlungen gepflogen, deren befriedigenden Ausgang die K. Regierung im Vertrauen auf die Gerechtigkeit ihrer Sache erwarten zu dürfen glaubt.“

Ausland.

Wien, 21. Juli. (B. B.-Z.) Für die Möglichkeit eines Verfassungslebens in Oesterreich giebt es nur einen ersten Prüfstein: Beseitigung des Konkordats. Neben dem Vertrage mit Rom, der die wichtigsten Faktoren des politischen und sozialen, des intellektuellen und materiellen Lebens der Herrschaft der Priester überantwortet, kann nicht nur nicht von einem konstitutionellen oder überhaupt modernen Staate, sondern nicht einmal von menschenwürdigen Zuständen die Rede sein. Die drei Gegengewichte, mit deren Ausarbeitung das Haus seinen konfessionellen Ausschuss beauftragt hat, zur Emanzipirung des Schulwesens von der Kirche, zur Wiederherstellung der bürgerlichen Ehegesetgebung, zur Regelung der Verhältnisse zwischen den verschiedenen Glaubensbekenntnissen, diese drei Bills müssen durchgesetzt werden, oder die richtige Devise für Oest's gesammte Thätigkeit heißt schon heute: „der Herr über die Welt umsonst.“ Das aber wird keine leichte Arbeit sein, und wenn der Reichsfanzler sich vielleicht eingebildet hat, daß unsere Klerikalen sich eben so ruhig zum Ziele legen werden, wie die Hochtories im Oberhause, so wird er schon jetzt seines Irrthums inne geworden sein. Der Ausschuss erwartete geflern nur einen vorläufigen Bericht und dieses Stadium der Angelegenheit fand der Tyroler Abgeordnete und Geschichtsprofessor (!!) an der Wiener Universität, Vater Jäger, bereits für geeignet, um mit der unverhohlenen Drohung hervorzutreten, das Haus werde sich durch jeden Schritt, den es gegen das Konkordat unternähme, den Widerstand des gesammten Episcopats, hinter welchem 30 Millionen ständen, zuziehen. Wie seltsam diese Antündigung von Massen- und Sturmpetitionen zur Ausübung eines moralischen und vielleicht auch eines physischen Druckes auf das Parlament in dem Munde eines frommen Konservativen auch klingen mag, sie ist sehr ernst gemeint. Unsere Römlinge denken nicht daran, die Hände in den Schooß zu legen, und sie wissen recht wohl, daß sie für diesen Kampf die Stützen außer dem Hause suchen müssen, weil sie innerhalb desselben völlig isolirt dastehen. Nur mit Mühe hatte Jäger für seinen Antrag, die Revision des Konkordats im Wege der Verhandlung mit Rom anzubahnen, die erforderlichen 20 Unterschriften zusammen gebracht, und die Liste selber war ein Testimonium paupertatis. Denn sie weist neben acht dem geistlichen Stande angehörigen Herren nur ein paar Slowenen, Tiroler und sogar von den Polen bloß einige klerikal-feudale Großgrundbesitzer auf. Der einzige Dr. Zibitkewicz, der von der galizischen Städtekurie unterschrieben, strich seinen Namen wieder aus. So vereinsamt, nimmt die ultramontane Koterie denn auch gar keinen Anstand, zu einem sonst so verpönten revolutionären Mittel zu greifen und über die Köpfe der Volkvertretung hinweg an die ungebildete Masse zu appelliren. Die Seele dieser Agitation ist das Jesuitenloster Kalksburg, hart an der Südbahnlinie von Wien; dort finden jetzt allabendlich Konventikel statt, zu welchen die hohe Aristokratie in endloser Reihe von Equipagen hinzu strömt, namentlich ist bei diesen frommen Exkursionen eine gewisse Sorte von Hofwagen, welche sonst der Hofdienerschaft zur Benutzung überlassen zu werden pflegen, ungemein zahlreich vertreten. Der weltliche Arm dieser ultramontanen Heber ist aber Hofrath Weiß v. Starckenfels, der 1849 als Polizeipräsident die Wiener Börse mit Bayonetten von den Israeliten reinigen ließ, um dem Silberagio ein Ende zu machen, und öffentlich erklärte, er sei bereit, den Zeitungsschreibern ein für alle Mal den Mund zu stopfen, indem er ein Duzend von ihnen aufgreifen, im Polizeigebäude fesseln und anderen Tages die Exekution mit allen Namen und Einzelheiten an der Spitze der „Wiener Zeitung“ amtlich publiciren lasse. Dieser brave Mann wird nun zunächst Steiermark und Salzburg, wo noch ein so großer Theil der Bevölkerung förmlich vom Klosterbettel lebt, bereisen und dort den Petitionssturm zu Gunsten des Konkordats organisiren. Wenn die meisten Unterschriften nur in drei Kreuzen bestehen, so wird das zugleich ein neues herrliches Motiv für die Aufrechterhaltung des klerikalen Regimes in der Volksschule sein!

Wien, 23. Juli. Herbst's Gegenexposé im Finanzausschuss berechnet, daß abzüglich des Militäraufwandes und der Zinsenzah-

